

**Content Industries und ITBeurope fordern Ministerium für Digitale Information**

## **KPÖ-Schäfer: Digitale Medien in neuem Gesellschaftsmodell**

### **Potentielle KandidatInnen im Online-TV. 2. Gespräch mit Franz Schäfer, KPÖ.**

Wien, 26.9.2006, VCI. Nach den Forderungen von ISPA, VAT und Content Industries nach politischer Verantwortung für digitale Information setzt der Verband Content Industries (VCI) in der heissesten Phase des Wahlkampfes ein Zeichen: Unter dem Kürzel „Minister-Hearings“ spricht Günther Krumpak als Vertreter von Content Industries und ITBeurope mit potentiellen KandidatInnen der wahlwerbenden Parteien im Online-TV. Grundlage ist das Positionspapier der beiden Verbände, das gleichzeitig mit der Interviewserie veröffentlicht wurde.

Zu Gast in der zweiten Sendung war Franz Schäfer, Sprecher der KPÖ für Informations- und Kommunikationstechnologien. Er unterstützt die Forderung nach einem Ministerium für Digitale Information, allerdings mit einer stark von anderen politischen Strömungen abweichenden Begründung. Schäfer plädiert für die Abschaffung der bisher geltenden Vervielfältigungs-, Urheber- und Patentrechte und für Vergesellschaftung von Technologie und Kultur, also eine Art Enteignung durch die Akteure. Wenn jene Gelder frei würden, die aus Kreativität und Technologie zur Zeit in die Kassen der Konzerne und in grossangelegte, laut Schäfer sinnlose, Marketingkampagnen fließen, könnte durch ein allgemeines Grundeinkommen kreatives Schaffen ermöglicht und den Konsumenten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Untersuchungen hätten gezeigt, dass finanzielle Anreize dem kreativen Schaffen nicht förderlich seien. Das Konzept der Open Source- bzw. freien Software-Szene zeigt, dass es neben dem kommerziellen Aspekt andere höchst effiziente Modelle kreativen Schaffens gäbe, das paradigmatisch für ein alternatives Gesellschaftsmodell stünde. Dem Einwurf, dies würde die Kunst- und Technologiewirtschaft zusammenbrechen und Kapital abwandern lassen, entgegnete Schäfer, dass derartige Modelle natürlich auf europäischer und letztlich globaler Ebene umgesetzt werden müssten.

Der Open Source-Bereich dient auch als Argument gegen den Vorwurf, dass durch die somit dem Staat übertragene Aufgabe der Technologiefinanzierung dessen Einfluss auf die Kreativszene übermächtig würde. Steuererhöhungen sieht Schäfer in seinem Modell nicht, da ja die durch die Lösung der Kreativszene aus einem Vermarktungszwang freiwerdenden Gelder für die Finanzierung des Modells herangezogen würden.

Die KPÖ sieht Wissen und Information nicht als Ware und Eigentum, sondern als allgemein verfügbares und vervielfältigbares Gut. Technologischer Fortschritt ist förderungswürdig, daher müssten Hemmnisse, wie eben Patente, beseitigt werden. Ebenso dürfe Technologie nicht immer mehr als Instrument für einen Überwachungsstaat missbraucht werden, sondern mehr Sicherheit durch gerechtere Umverteilung der globalen Ressourcen erreicht werden. Fehlentwicklungen müssten an ihrer Ursache, nicht an ihren Symptomen bekämpft werden. Schäfer fordert eine bewusstere Sicht der Dinge, einen Boykott der von Grosskonzernen aufgezwungenen Einschränkungen wie z.B. beim MP3-Download und den Einsatz freier Software als Paradigma für gesellschaftlichen Wandel.

#### **Link zum Video:**

[www.contentindustries.at/minister/KPOe.aspx](http://www.contentindustries.at/minister/KPOe.aspx)

**Fotos:** [www.contentindustries.at](http://www.contentindustries.at)

Content Industries [www.contentindustries.at](http://www.contentindustries.at)

ITBeurope [www.itbeurope.org](http://www.itbeurope.org)